

Die Beteiligung der EU an der PRIMA-Partnerschaft

Es ist davon auszugehen, dass das Europäische Parlament während der Plenartagung im Juni 2017 über den Beschluss abstimmen wird, mit dem die finanzielle Beteiligung der Europäischen Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) ermöglicht wird. Mit dieser öffentlich-öffentlichen Partnerschaft würden gemeinsame Forschungs- und Innovationsprojekte der Organe der EU und von am Mittelmeer gelegenen Drittländern zu Agrar- und Lebensmittelsystemen und zur Wasserbewirtschaftung gefördert. Der Beitrag der Union im Rahmen von Horizont 2020 würde sich über einen Zeitraum von 10 Jahren auf höchstens 220 Millionen EUR belaufen.

Hintergrund

Das [Vorhaben](#), eine Europa-Mittelmeer-Partnerschaft für Forschung und Innovation ins Leben zu rufen, wurde auf einer Konferenz im April 2012 in Barcelona offiziell bekannt gegeben. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung in diesem geografischen Raum war infolge der [Erklärung von Barcelona](#) im Jahr 1995 aufgenommen und mit der [Erklärung von Kairo](#) im Jahr 2007 bekräftigt worden. Im Dezember 2014 haben neun Mitgliedstaaten einen Vorschlag vorgelegt, wonach sich die Europäische Union (EU) an einer Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) beteiligen sollte. Es wurde beschlossen, der Partnerschaft die Form einer [Initiative nach Artikel 185](#) zu geben. Dabei handelt es sich um eine Struktur, die für [öffentlich-öffentliche Partnerschaften](#) der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Forschungsbereich verwendet wird. Im Rahmen erster Diskussionen kam man zu dem Schluss, dass der Schwerpunkt der Initiative in erster Linie auf zwei sozioökonomischen Fragen liegen sollte, die für die Region von zentraler Bedeutung sind: Lebensmittelsysteme und Wasserressourcen.

Vorschlag für eine Beteiligung der EU an der PRIMA als einer Initiative nach Artikel 185

Die Kommission hat im Oktober 2016 einen [Vorschlag](#) angenommen, wonach der PRIMA die Form einer Initiative nach Artikel 185 gegeben werden soll. Diese Partnerschaft würde sich über einen Zeitraum von 10 Jahren erstrecken und hätte zum Ziel, gemeinsame Projekte der EU-Mitgliedstaaten und von am Mittelmeer gelegenen Drittländern im Bereich Forschung und Innovation zu fördern. Mit dem Beschluss würden Beteiligungsregeln, die sich von denen von Horizont 2020 unterscheiden, eingeführt, damit die Bereitstellung von EU-Mitteln für Einrichtungen in Drittländern möglich wird. Der Beitrag der EU sollte sich über einen Zeitraum von 10 Jahren auf 200 Millionen EUR belaufen und damit den finanziellen Beiträgen und Sachleistungen der 14 Staaten entsprechen, die ihre Beteiligung erklärt haben.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) hat seinen [Bericht](#) über den Vorschlag der Kommission am 22. März 2017 angenommen. Die Änderungsanträge hatten in erster Linie die Ausweitung der Themen, auf die sich die PRIMA erstreckt, auf Agrar- und Lebensmittelsysteme und den gesamten Zyklus der Wasserbewirtschaftung sowie die Erweiterung der Aktivitäten im Bereich Forschung und Innovation zum Gegenstand, die im Rahmen der Partnerschaft gefördert werden können. Der Ausschuss hat die Modalitäten für die Förderung von Einrichtungen in nicht-teilnehmenden Staaten eindeutig festgelegt und die Art der



Leitung der PRIMA-Durchführungsstelle (PRIMA-IS) abgeändert, die für die Verwaltung und Zuweisung der von der EU bereitgestellten Mittel zuständig sein wird.

In Diskussionen mit dem Rat im Rahmen eines Trilogs wurde die Liste der 19 Staaten (11 Mitgliedstaaten der EU, 3 mit Horizont 2020 assoziierte Länder sowie 5 Drittländer), die sich an der Initiative beteiligen, festgelegt. Der Beitrag der EU, der dem der teilnehmenden Länder entsprechen sollte, wurde auf höchstens 220 Millionen EUR über einen Zeitraum von 10 Jahren festgelegt. Die vom ITRE-Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen wurden in den Text der vorläufigen Einigung aufgenommen.

Am 26. April 2017 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) des Rates die Ergebnisse des Trilogs [gebilligt](#). Der ITRE-Ausschuss hat den Text der vorläufigen Einigung am 30. Mai 2017 angenommen. In seiner [Sitzung](#) vom 30. Mai 2017 hat der Rat [beschlossen](#), die Europäische Kommission zu ermächtigen, Verhandlungen mit den fünf Drittländern, die sich an der PRIMA beteiligen, aufzunehmen, um die Modalitäten und Bedingungen für ihre Beteiligung festzulegen.

Bericht für die erste Lesung: [2016/0325\(COD\)](#);
federführender Ausschuss: ITRE; Berichterstatlerin:
Sofia Sakorafa (GUE/NGL, Griechenland). Weitere
Informationen finden Sie im [Briefing des
Wissenschaftlichen Dienstes zu laufenden
Legislativverfahren](#).

